

Der Freiheitskämpfer

ORGAN DER KÄMPFER
FÜR ÖSTERREICHS FREIHEIT

Nr. 1/2

Feber 1955

Preis S 1.50

ÖVP-Kameradschaft fordert:

Amnestie am Befreiungstag!

Schluß mit jeder politischen Verfolgung!

In einer außerordentlichen Vorstandssitzung befaßte sich der Wiener Vorstand der ÖVP-Kameradschaft der politischen Verfolgten mit einer Stellungnahme zu dem bevorstehenden 10. Jahrestag der Befreiung Österreichs. Eingehend wurde die politische Situation unseres Landes erörtert und schließlich auch der Sorge Ausdruck gegeben, daß allzu oft ideologische Konzessionen den Eindruck erwecken, als ob noch immer der Deutschnationalismus in Österreich eine Rolle spiele. Demgegenüber steht allerdings die Tatsache, daß zehntausende ehemaliger österreichischer Nationalsozialisten mit beiden Füßen sich in die Reihen der aufrechten Österreicher gestellt haben und gerade ihre Verfolgung, zehn Jahre nach Kriegsende, mehr als ungerechtfertigt erscheint. Die Unbelehrbaren im Lande sollen wissen, daß es auch für sie in Zukunft keinen Pardon gibt und sie die volle Strenge der Gesetze treffen wird, dort, wo sie dagegen verstoßen. Wer aber ehrlich mit am Aufbau unseres Staates mitwirkt, soll sich als freier Staatsbürger voll und ganz fühlen und bewegen können und von keiner Ausnahmegesetzgebung bedroht sein.

Deshalb beschloß die ÖVP-Kameradschaft der politischen Verfolgten, den ÖVP-Mitgliedern der Bundesregierung und des österreichischen Parlaments nachfolgende Resolution zu überreichen:

Die ÖVP-Kameradschaft der politischen Verfolgten stellt zur bevorstehenden 10. Wiederkehr des sogenannten Befreiungstages mit Bedauern und Bitternis fest, daß dieser Tag vom österreichischen Volk nach wie vor nicht als ein Tag der Freiheit gefeiert werden kann. Zehn Jahre sind vergangen und die Alliierten haben ihr wiederholtes Versprechen bis heute nicht in die Tat umgesetzt: Österreichs volle Souveränität zu erneuern.

Verweigert man auch unserem Staat noch immer Recht und Freiheit, so kann uns Österreicher doch niemand daran hindern, die Freiheit der Person und die Gleichheit aller Staatsbürger in unserer Heimat wieder herzustellen. Wir wissen, daß wir nicht die Macht haben, die Unglücklichen in fremder Gefangenschaft zu befreien, wir appellieren aber an Bundesregierung und Parlament, in einem besonderen Akt der Gnade allen, die wegen ihrer politischen Gesinnung in Haft gekommen sind, am Befreiungstage die persönliche Freiheit wieder zu geben.

Kaum zu einem anderen Zeitpunkt wäre eine solche Amnestie mehr gerechtfertigt, als am Befreiungstag. Hat am 8. Mai 1945 der Krieg sein Ende gefunden, so möge der 8. Mai 1955 allen Österreichern die Freiheit und dem Lande den inneren Frieden bringen.

Ein Akt solcher Großzügigkeit soll der Welt unsere versöhnliche Gesinnung dokumentieren und einen endgültigen Schlußstrich ziehen. Wir ehemals politischen Verfolgten wollen nach dem 10. Jahrestag unserer Befreiung niemanden mehr wegen seiner Gesinnung verfolgt oder in seinen Rechten beschränkt wissen.

Für Freiheit und Souveränität Österreichs!

Für die Freiheit der Gesinnung!

Für ein freies Volk im freien Staat und freien Europa!

So weit die Resolution. Kein Zweifel, daß das österreichische Volk seit 1914 geradezu durch ein Tal der Verfolgung gegangen ist. Der Zerfall des großen Reiches 1918 trat eine Schicksal unseres Volkes und riefte für lange Zeit den Österreichern die Selbstverleugnung und Selbstvertrauen. Der innere Zwist, der zum Bürgerkrieg führte und mit dem Daten 1937 und 1934 tragende Höhepunkte erreicht hatte, ließ kein Staatsbewußtsein wach werden. Alle Bemühungen der vaterländischen und patriotischen Kräfte unseres Landes haben nicht vermocht, wieder den Glauben an Österreich wieder zu erwecken. So mußte unser Volk durch das Inferno des Krieges und erlebte in den Jahren der deutschen Besetzung die tiefe Erniedrigung.

Tausende besser Österreicher gingen in die Kreuze und KZs. Wer hat dort nicht empfinden, was es bedeutet, politisch verfolgt zu sein!

Nur ein Tat oder Beteiligter konnte Rachegefühle empfinden, der Christ hatte nur einen Wunsch, sich wieder politische Verfolgung, sondern Verzeihen und Verstehen.

So war auch die Haltung der Nichtmarxisten unter den politischen Verfolgten immer klar: Härte gegenüber dem Verbrecher, aber Verzeihen für den Verurteilten. Niemand freute die Ausnahmegesetzgebung und bitter war und ist die Einrichtung der Volksgerichte.

Aus diesem Geist wurde auch unser Schritt zum Befreiungstag geboren. Als Christen und Österreicher haben wir Gnade zu üben und dem Recht zu dienen. Wir unseren Volk die Freiheit vorzuschütten, möge das mit sich selbst anrechnen. Wir wollen unseren Staatsbürgern, die volle Freiheit sichern. Und deshalb unser Appell!

Möge er nicht ungehört verhallen, sondern mit beitragen, die letzten Reste einer bitteren und unserer Nachkommen wohl kaum verständlichen Zeit zu beseitigen. Nach dem materiellen Schicksal dem Ideellen zu beistehen ist letzten Endes vornehmste Aufgabe unserer Kameradschaft. Der Befreiungstag ist uns dazu ein Aufruf!

Unsere außenpolitische Betrachtung

Die Saar - südlich vom Brenner

Wer als gelehrter Europäer heute eine Zeitung öffnet, kann bei einer gewissen Naivität leicht glauben, der deutsch-französische Antagonismus wäre das einzige Problem, das einer größeren europäischen Zusammenfassung nach im Wege steht. Nicht nur in der Deutschen Bundesrepublik, auf der ganzen Welt denkt jeder, wenn von den Schwierigkeiten der europäischen Zusammenarbeit geredet wird, zuerst an die französisch-deutschen Diskrepanzen. Die Weltpresse und ihre Agenturen tun ein Übriges, um das Problem nur ja von allen Seiten zu beleuchten, und wir können beobachten, wie durch diese recht verfeindliche Darstellung viele Menschen der westlichen Hemisphäre sich dem Abgründen hingeben, daß auch der Lösung dieser Streitfrage in Europa eigentlich kein nennenswertes politisches Problem mehr bestünde. Doch weit gefehlt! Dieser Eindruck entsteht nur daher, weil die rund 80 Millionen Menschen, die an der Saarfrage interessiert sind, eine Besozung bilden, die sie keine andere politische Frage in Europa aufzuweisen hat.

Daß die Saarfrage ein verhältnismäßig leicht lösbares Problem darstellt, erhellt recht deutlich, wenn wir einmal versuchen, uns die komplexe Problematik der schon Decennien ungelösten Tiroler Frage zu vergegenwärtigen! Während die größten Nachrichtenagenturen die Welt fast ununterbrochen mit Schilderungen über den politischen Kampf um die deutsche Westgrenze versorgen (das heißt diese Meldungen in die Welt verkaufen!), wird der echten Notlage des Tiroler Volkes südlich des Brenners nicht einmal mehr eine Erwähnung getan! Freilich, verdienen kann man natürlich nicht so blendend an diesem Problem, denn die Italiener wollen doch davon nichts hören und die 7 Millionen Österreicher bieten eine zu geringe Verdienstmöglichkeit. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß in selbsten Ausmaß, wie Deutsche und Franzosen traditionelle Gegenspieler waren und derzeit noch sind, das gleiche für das Verhältnis Österreich zu Italien gilt. Gerade die neueste Geschichte hat übrigens den deutlichen Beweis erbracht, daß eine italienisch-deutsche Interessengemeinschaft ebenso leicht herzustellen ist wie etwa eine französisch-österreichische. Darum erscheint es mehr als unbillig, die ungelösten europäischen Probleme auf eine deutsch-französische Rivalität zu reduzieren. Das Beispiel Tirols sollte diese weit verbreitete Fehleinsicht eigentlich von selbst entkräften!

Wer würde nicht, daß im Saarland etwa eine Million Menschen auf rund 1900 km²

leben, wer hat aber je daran gedacht, daß die vor 35 Jahren von Österreich abgetrennten Teile Tirols rund sechshundert so groß sind (mehr als 14000 km²) und annähernd die Bevölkerungszahl des Saarlandes erreichen! Vielleicht wendet jemand ein, als eines der bedeutendsten Industriegebiete Mitteleuropas komme dem Saarland eine überragende Bedeutung zu. Eine ähnliche Bedeutung aber besitzt Tirol als Fremdenverkehrsland! Es besteht wohl ein nicht unwesentlicher Unterschied: „Südtirol“ erlebt seit drei Jahrzehnten das, was mancher phantastische Politiker dem Saarland prophezeit. Was hier bittere Erfahrung ist, könnte dort vielleicht einmal eintreten. Gegenwärtig jedoch wird kein ernsthafter Mensch meinen, daß im Saarland jemals nur annähernd „südtiroler Verhältnisse“ herrschen werden.

Durch die Abtrennung der Gebiete südlich des Brenners entstanden 1920 Südtirol, Ost- und Nordtirol als politische Begriffe! 670 Jahre waren diese Teile ununterbrochen in der Gemeinschaft Tirol zu einem einheitlichen Verwaltungskörper zusammengefaßt, der beiden Hauptteilen des wichtigsten leicht befahrbaren Alpenpasses politisch verband. Durch Brenner und Reschenstraße wurden diese Gebiete also zu einem kulturell und ethnographisch fast ununterscheidbaren Staatsgebilde: ein typischer Pflanzort, aber auch vordem war der Brenner niemals in der Geschichte Grenze! Erst der Nationalismus des 19. Jahrhunderts brachte die Theorie der Wasserscheidengrenze auf, der sich besonders die italienischen Irregulanten verschrieben. Daß diese Idee einen italienisch-nationalen Wunschnaum nur sehr leicht drapierte, der sich über jede astörrische Gebietsheit hinwegsetzte, ist nichts zur Sache. Es begann eine virulente Werbung für die Brennergrenze, deren Hauptvertreter Mazzini, Senatore Tolomei und Professor Toniolo waren. Diese zielbewußte Propaganda, der auf österreichischer Seite wie so oft fast nichts entgegengestellt wurde, vermachte schließlich den Gedanken einer Annexion Tirols südlich des Brenners den Ententeinrichtungen so nahezu bringen, daß man es gar nicht mehr widerständig empfand. Italiens gute Dienste im Weltkrieg mit dieser Abschlagszahlung zu honorieren, eine Entscheidung, die im eklatanten Widerspruch zu allen Parolen dieser Zeit stand. 1920 erfolgte dann die Annexion des gesamten Tiroler Gebietes bis zum Brenner.

Wie sehr das Geschick Tirols dem Österreichs gleicht, kann ein Hinweis zeigen: mit der Machtergreifung des Faschis-

mus in Italien (1922) machte man sich daran, den Namen Tirol zusammenzusetzen. „Südtirol“ hieß offiziell nur noch „Alto Adige“ (Hochober), eine Maßnahme, die 15 Jahre später auch Österreich traf (statt „Ober- und Niederösterreich“ hieß es ab 1938 nur „Ober- und Niederösterreich“). Mussolini machte keine Geheimnisse. Er betrieb eine „radikale ethnische Lösung“ in „Südtirol“ und ließ sich im sogenannten Stahlpatk vom 23. Mai 1939 seine Maßnahmen von Hitler bestätigen. Dieser Vertrag sah vor, die Tiroler aus ihrer Heimat auszusiedeln. Von 247.000 Obdonsberechtigten abürteten damals 213.000 Menschen, die alle damit ihre lebendige Verbundenheit zum alten Vaterland bewiesen. Es war aber ein glückliches Geschick, daß nicht alle Südtiroler im hereinbrechenden Trübel des Zusammenbruchs von dieser Möglichkeit Gebrauch machen konnten; die Erlebnisse der Rückwanderer und derer, die nicht mehr zurück dürfen, sind zu traurig, um hier ausführlich dargestellt zu werden.

Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs hofften viele Tiroler auf eine gerechte Lösung ihrer brennenden Sorgen. Und es schien sehr unmittelbar nach 1945, als sollte endlich Einsicht und Mäßigung über einseitige nationalistische Machtansprüche siegen. Italiens Zerkunft war sehr ungesund, so daß man eher zu einvernehmlichen Lösungen bereit war. Eine im Grund recht europäische Tat sollte endlich Ausführung bringen zwischen deutsch-, italienisch- und sogar auch italienisch- (1) sprechenden „Südtirolern“ und den Italienern. Der in Paris im September 1946 zwischen Italien und Österreich abgeschlossene Vertrag (Gruber-DeGasperi-Abkommen), als Beilage 4 ein wesentliches Bestandteil des italienischen Friedensvertrages, sah die Schaffung einer Autonomie für die (mehrheitlich deutschsprachige) Provinz Bozen vor. Das Autonomiegesetz vom 5. Februar 1948 brachte aber etwas anderes: die Schaffung der Region Trentino-Tiroler Etschland (die Provinzen Trient und Bozen umfassend). Es wurde also das fast rein italienische Trentino (Webschtirol) mit der Provinz Bozen vereinigt, wodurch sich für die Region folgende Bild ergab: 500.000 Italiener, 230.000 Tiroler, 17.000 Ladinier bildeten die Verfassungseinheit. Es ist klar, daß damit die deutschsprachigen Tiroler wiederum eine Minorität waren. Die Gesamtautonomie Trentino-Tiroler Etschland ist übrigens sichtlich wesentlich beschränkter

als die drei anderen Regionalautonomien in Italien (Sizilien, Sardinien und das Aostatal).

Wie die Verhältnisse zur Zeit liegen wird aus einer „Denkschrift der Südtiroler Parlamentarier“ klar, die besonders darauf verweist, daß man nur aus dringenden Opportunitätsbetrachtungen, die jetzt schon wieder hinfällig sind, das Pariser Abkommen schloß. „Es genügt festzustellen“, heißt es dort, „daß die Zahl der italienisch sprechenden Bürger in der Provinz Bozen vom Jahre 1921 bis 1932/33 von 21.000 auf 120.000 Personen angestiegen ist, davon ungefähr 36.000 infolge Zuwanderung vom Jahre 1945 bis heute“. Die Denkschrift fordert daher als wichtigstes Anliegen, daß die begünstigte Zuwanderung von Italienern in die autonome Provinz unverzüglich eingestellt werde, um zu verhindern, daß die Tiroler selbst in der Provinz Bozen zur Minderheit werden.

Wenn man verwundert fragt, warum eigentlich eine derart heftige Assimilierungspolitik betrieben wird, darf man nicht übersehen, daß „Südtirol“ der einzig

zuverlässige und bedeutungsvollste Aktivposten im italienischen Haushalt ist. Vielleicht mehr noch als strategische Erwägungen bildet dieses Wissen um den ökonomischen Wert des Landes den Angelpunkt aller Italianisierungsmaßnahmen.

Es wäre für alle Beteiligten, den darüber hinaus für ganz Europa sehr von Vorteil, wenn die nach 1945 ausgeübte Lösung endlich zum Zuge käme. Nach den gegenwärtigen Stand der Dinge aber scheint das alte Faustrecht immer noch mächtig zu sein, so mächtig, daß es blind macht für einen Weg der Versöhnung. Die Pariser Verträge hätten den Beginn einer neuen Ära in den Beziehungen von Mehrheit zu Minderheit in Europa werden können, wenn sie von beiden Seiten wirklich ernst genommen worden wären. Wie dem auch immer sei, es steht fest, daß eine gerechte Lösung des Tiroler Problems ein wesentlicher Schritt zur Eingliederung der europäischen Politik sein wird. In „Südtirol“ wartet Europa auf seine Chance, eine Chance freilich, die allein Italien in die Hände fällt. Kurt M. Brändl

Demokratie Wienzeil'scher Prägung

Die Tagesblätter vom 12. Jänner 1955 brachten die Nachricht, daß der ehemalige Vizekanzler und Heimatschutzführer Ernst Rüdiger Fiest Starhemberg sich auf einer Europareise befindet und auch die Absicht hätte, nach Wien zu kommen. Diese Absicht würde aber von seinem Anwalt Dr. Drexler gleichzeitig widerrufen. Die „Arbeiter-Zeitung“ sah sich aber trotzdem veranlaßt, dazu folgendes zu schreiben:

„Wenn Starhemberg aus gesundheitlichen Gründen nach Europa gekommen ist, dann ist in der Tat wohl nicht anzunehmen, daß er Österreich aufsucht, weil ihm das hiesige Klima gewiß nicht gut bekommen würde. Gerade im Interesse seiner Gesundheit wie überhaupt seiner körperlichen Sicherheit müßte ihm sein Awahl dringend und nicht nur vorläufig davon abraten.“

Es wird wohl wenig Menschen in Österreich geben, die der Ansicht sind, daß Starhembergs Aufenthalt in Österreich eine Notwendigkeit ist, es mag auch viele Österreicher geben, die dem Kurs der Regierung zwischen 1934 und 1938 nicht gebührend und ihn als undemokratisch abgelehnt haben. Es kann aber keinen anständigen Österreicher geben, der aus christlicher demokratischer Überzeugung glauben kann, daß man einem österreichischem Staatsbürger die Einreise in sein Vaterland verwehren kann. Ich habe schon betont, der Aufenthalt Starhembergs in seiner Heimat ist nicht unbedingt notwendig, aber eines sei sehr klar und eindringlich festgestellt: Emigrant bleibt Emigrant, Niemand hat

das Recht, einem, den ein Gewaltregime die Heimat nahm, nach Beseitigung dieses Regimes die Rückkehr in die Heimat zu verwehren. Kein Mensch in Österreich regte sich auf, als die Sozialisten mit vollem Recht die Asche ihres Dr. Otto Bauer heimholten. Niemand nahm Anstoß daran, als Dr. Julius Deutsch heimkehrte und niemand machte für seine Sicherheit. Auch Oskar Pollak, der Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“ kam zurück und niemand fiel es eher auf, als er seine Hetzartikel wieder losließ. Die Herren in der Wienzeile mögen aber folgendes zur Kenntnis nehmen: Zahlreiche ehemalige Anhänger und Kameraden Starhembergs waren während der Abwesenheit dieser Herren von Österreich, in den Zuchthäusern und KZ's der Hitlerer inhaftiert. Viele von ihnen kamen nicht mehr heim und erlitten für Österreich den Heldentod. Die Überlebenden aber haben als aufrechte Demokraten seit 1945 mitgeholfen, dieses so leidgeprüfte Land aufzubauen. Sie werden es auch verstehen, gegen Gewalt und Terror zu schützen. Ob Starhemberg nach Österreich kommt oder nicht, ist seine private Angelegenheit. Wenn er aber kommt, dann wird das demokratische Österreich und seine Behörden für die Sicherheit eines Sohnes dieses Landes zu sorgen haben!

Und auch ein zweites Mal: Wienzeile

Von zahlreichen Lesern unseres Verbandsblattes als auch von vielen Kameraden wurde sowohl die Redaktion des „Freiheitskämpfers“, als auch ich aufge-

fordert, zu den diversen Äußerungen der „Arbeiter-Zeitung“ in Zusammenhang mit dem Ableben des hochverdienenden Erziehungswissenschaftlers Eugen, in besonderen aber zum Leitartikel dieser Zeitung vom 9. d. M. von „O. P.“ gezeichnet, Stellung zu nehmen.

Dazu erkläre ich folgendes:

Ich lehne es ab, mit Herrn Oskar Palak, der zur Zeit, als ich als österreichischer Monarchist in verschiedenen Zuchthäusern Hitlers saß, in den Londoner Emigranten-Stühlen ein behagliches Leben führte, über österreichische Geschichte und besonders über die Verdienste des Hauses Habsburg wie auch über Monarchie und Republik eine Diskussion zu führen.

GR. Hans Leinkauf

Starhemberg und Dobretsberger

Diese beiden Männer saßen gemeinsam in einer Regierung Schuschnigg's. Das sollte auch der sozialistische Nationalist Dr. Pittnermann fest.

Nun bezeichnet Herr Zarkow-Schilling Nationalist Pittnermann als Geschichtsfälscher, denn Starhemberg und Dobretsberger hätten man eben nicht in einem Atem nennen. Ja, wenn zwei dasselbe tun, ist es noch immer nicht dasselbe.

Wer im politischen Leben der Jahre 1934 bis 1938 gestanden hat, wird sich sonderbare Gefühle haben, wenn er sich damalige Zeit sich Dobretsbergers erinnert. Dobretsberger hatte es nämlich verstanden, bei den Regierungskreisen Liebling zu sein, gleichzeitig aber auch Beziehungen zu den revolutionären Illegalen gepflogen. Seine Haltung war unklar, wie sein ganzes Wesen seit eh und je. Er ergoß sich sein kurzes Ministerdasein mit letzter Konsequenz und Eingeweihte glauben zu wissen, daß sein Abgang aus der Regierung andere Gründe hatte, als „seine Auseinandersetzung mit den reaktionären und faschistischen Kräften“, wie er heute als Legitimation für seine Geldgeber vorgegeben es notwendig hält.

Gutinformierte wollen wissen, daß er mit Generaldirektor Berliner sich sehr gut verstand. Diese Beziehung soll nicht ohne Folgen geblieben sein. Eine davon sei nach sein Auszug (bzw. Hisswurf) aus der Regierung gewesen sein.

So wurde er zumindest behauptet. Doch das sind sicher geblühende Verdächtigungen linistischer Reaktionen und Faschisten. Denn war zum Bekanntheitskreis der KP gehört spricht die „Stimme der Wahrheit“. Wie könnte sich ein Friedensengel vom Schlage (und Gewicht) eines Dobretsberger anders handeln?

Daher: Macht Starhemberg zur Sau und Dobretsberger zum Bundeskanzler und das volkdemokratische Paradies ist Euch sicher. Bildner.

R. Paukar:

Elternworte zur Schulfrage

Pädagogische Fachleute und Vertreter verschiedener politischer Anschauungen werden sich nun neuerlich mit dem Entwurf der Schul- und Erziehungsgesetze zu befassen haben. Das Eltern aber, um deren Kinder es ja schließlich geht, scheint man übergehen, sie als unerwünschte Außenseiter behandeln zu wollen. Wir von der Kameradschaft der politisch Verfolgten eruchten es daher als Ehrenpflicht, der Stimme und dem Willen der Eltern Gehör zu geben. Dabei ist es sicherlich auch zweckmäßig, einmal ganz unbeflügelt von den diversen Entwürfen und den durch sie veranlaßten Debatten zu sagen, was Eltern zur großen Frage der Schulziehung stehen, die doch dem Leben dienen soll.

Bis nun ist es meist so, daß am Ende, sei es der Volksschule, sei es der Mittelschule, die Frage der Berufswahl gestellt und je nach Geschmack, Zwang oder bloßem Einfall entschieden wird. Die Zahl der mit ihrem Beruf Unzufriedenen ist groß; groß aber dadurch auch die Ausstrahlung dieser Unzufriedenheit in das Leben der Familien, ihrer Kinder, in das Leben der Allgemeinheit. Es ist wie ein verhängnisvoller Kreislauf: eine unglückliche Erziehung führt zu unglücklicher Berufswahl, und diese führt wieder dazu, die Kinder dieser „Unberufenen“ mit Nerven- und Seelengift zu infizieren. So muß ein Fehler verliegen, den aufzufinden und auszumerzen es gilt.

Wir glauben, daß die Frage, was ein Jugendlicher will, zu spät und zu eng gestellt wird. Zu spät: denn sie wird gestellt, wenn es sich, meist in drängender Zeit, um den notwendigen Broterwerb dreht; zu eng: weil sie eben nur in bezug auf den Broterwerb, nicht in bezug auf den ganzen Menschen gestellt wird. Das heranwachsende Kind müßte ganz anders an die Frage herangeführt werden. Wir brauchen tüchtige Menschen auf allen Gebieten, und wohl dem, der nach Neigung und Begabung wählen kann. Die Neigung und Begabung herzufinden, ist freilich eine große und bedeutsame Aufgabe. Wichtig ist aber vor allem, daß schon das Kind zu einem hingeführt wird: überkommener Pflicht treu zubeihen, auch wenn diese nicht angenehm ist oder nicht volle Erfüllung aller Hoffnungen und Wünsche bedeutet.

Wie aber aus dem häufigen Zwiespalt zwischen eintretender Berufsentscheidung und der Sehnsucht nach Erlangung vollen Lebenswertes herauskommen? Schon das Kind muß erkennen, daß es ein großes Ziel, eine große Aufgabe vor allen anderen hat — und dieses Ziel,

diese Aufgabe ist es selbst, der heranreifende, zum Vollmenschenden werdende Mensch. Damit ist die Forderung aufgestellt, daß jeder Mensch mit allen Kräften seiner Seele darnach streben müsse, sich, sein Wesen, den Inhalt seines Seins, zum Ausdruck zu bringen, mit einem Wort: wahrhaft zu sein. Das sei er selbst noch unbewußte Kind ist es. Aber das Erwachen in der Welt, das Beispiel der Umwelt, das erwachende Triebleben, all das macht den Menschen unwahrhaft. Es ist nichts oder nicht viel in seinem Handeln selbstverständlich, sondern alles bewußt, aber bewußt im Scheine einer schiefen Erkenntnis, die oft schlechtem Zwecke dienbar ist. Nun gilt es, durch Glauben und Erziehung auf höherer Ebene das Verlorene, die Wahrfähigkeit, wieder zu erwerben.

Das ist die Frage „Was soll ich werden?“ in ihrer wichtigsten Bedeutung. Ob einer dies oder jenes werden soll, ist eine Frage minderen Ranges, denn wer kann sagen — es sei denn am Ende eines gesegneten Lebens, nie aber am Anfang! —, er sei zu dem oder jenem berufen? Ganz gewiß aber sind wir dazu berufen, „Mensch“ zu werden, und zwar im Sinne der Gotteskindschaft „wahrhafte Menschen“. Der Weg zum wahrhaften Menschen ist das wichtigste Ziel aller Erziehung, es ist die entscheidende

Berufswahl, und je entschlossener schon das heranwachsende Kind in Elternhaus und Schule dazu geführt wird, desto leichter und unglücklicher wird dann die Wahl des Brotberufes, denn der zur Wahrfähigkeit erzogene Mensch wird, selbst im ungeliebten oder enttäuschenden Beruf, nie fatalistisch verzagen, nie rebellisch aufbegehren, sondern um das höhere Ziel, die wahre Bestimmung wissen und dazu selbst in den Mühen des Tages einen Weg sehen.

Nicht übersehen darf freilich werden, daß das Wissen um diese Dinge zur Erziehung nicht genügt. Wissen ist nur die selbstverständliche Voraussetzung stofflicher Art. Der Glaube erst macht Erziehung möglich. Nur aus dem Glauben kann die erkennende Kraft und die verschwendende Liebe erwachsen, deren der Erzieher bedarf, um nicht die dritten der göttlichen Tugenden zu verlieren, die zur Erziehung so notwendig ist wie Glaube und Liebe: die Hoffnung. Damit ist schon angedeutet, daß wir als die wichtigste Grundlage und Voraussetzung aller Erziehung das religiöse Moment erblicken, das im Menschen das Gesicht Gottes sieht und in der Fürsorge für ihn, dem Schöpfer selbst, zu dienen gewillt ist. Und es ist damit gesagt, was wir Eltern von der Schulgesetzgebung erwarten!

Herr Goldmann macht in Antisemitismus!

Ja, es stimmt, lieber Leser! Kein Druckfehler! Antisemitismus erzeugt Herr Nahum Goldmann. Dieser Herr Goldmann überschlägt sich in seinen Forderungen so Österreich und erklärte kühn, wie aus einem Goldmännern sind, nun werde die Verhandlungen mit der österreichischen Bundesregierung abbrechen, wenn die jüdischen Forderungen keine restlose Erfüllung finden. Selbst der Kulturgemeinde war der Takt des Herrn Goldmann zu stark und der Generalsekretär, Amtsdirektor Krell sah sich veranlaßt in einer Pressekonzert von dem famosen Herrn Nahum Goldmann abzurücken. Wir antworten das gerne und wollen nicht verstreuen, festzustellen, daß die verfolgten österreichischen Juden und in besonders ihre Funktionäre, so unser Freund Krell immer sehr vernünftig und sachlich alle diese Fragen diskutiert haben und sich stets loyalen Verhaltens dem österreichischen Staat, aber auch den anderen Verfolgten, gegenüber befleißigt haben.

Die Forderungen und die Drohung des Herrn Goldmann sind allerdings etwas abgesetzt, das lautet schlummernden Antisemitismus zu wecken. Wir lehnten mit aller Schärfe des Rassenantisemitismus Hitler und seine Ausrottungsmethoden ab. Wir warnen aber auch die Juden innerhalb und außerhalb Österreichs durch unser verständigste Forderungen neardern den Widerstand und die Abneigung großer Bevölkerungsschichten zu provozieren.

Schließlich muß auch den Juden betont sein, daß z. B. die Forderung nach Wiedergutmachung wirtschaftlicher Schäden der Juden unangemessen auch die Forderung der Nichtjuden, die durch das NS-Regime wirtschaftlich geschädigt wurden, nach sich ziehen muß. Es ist nämlich undenkbar, daß man einem jüdischen Emigranten ins Ausland eine Abfindungssumme von 30.000 Schillinge, wie gefordert, ausbezahlt, während der in Österreich lebende Nichtjude für seine wirtschaftliche Einbuße keinerlei Entschädigung erhalten sollte. Wir sind überzeugt, daß Regierung und Finanzminister in besonders diese Gesichtspunkte bei der Genehmigung von Wiedergutmachungsforderungen der Judentätigkeit berücksichtigen werden. F. K.

Bundeskanzler Ing. Julius Raab:

Die Volkspartei!

Aus dem großen Referat, das der Herr Bundeskanzler in seiner Eigenschaft als Bundesparteiobmann am 5. Bundesparteitag in Wien gehalten, bringen wir folgende Schlüsselfätze:

Volkspartei ein gerechter Mittler

Liebe Parteifreunde! Die ruhige, stetige und zielbewußte Arbeit der Österreichischen Volkspartei auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens hat auf die breite Masse des österreichischen Volkes ihren Eindruck nicht verfehlt. Entscheidender als kostspielige Propaganda und lösende Schlagworte wird sich für die Österreichische Volkspartei die **Vernunft der Wähler** auswirken. Sie werden sich wieder für jene Partei entscheiden, die ein **gerechter Mittler** zwischen den verschiedenartigen Interessen unserer Bevölkerungsschichten ist, die mit Zielstrebigkeit an der Hebung des Lebensstandards unserer gesamten Bevölkerung unermüdet arbeitet.

Ohne Freiheit keine Zukunft

Das oberste Ziel unserer Partei bleibt aber — dies möchte ich abschließend feststellen — die **Erringung der Freiheit und Unabhängigkeit** unseres Vaterlandes. Wir haben in den letzten Jahren freudig einen nach Millionen zählenden Strom von ausländischen Besuchern in unserem schönen Heimatlande begrüßen können. Es waren nicht bloß Vergnügungstouristen, sondern auch die führenden Persönlichkeiten der verschiedensten Gebiete des öffentlichen Lebens, die uns besuchten. Im vergangenen Jahr trafen sich beim Kongreß der Internationalen Handelskammer die führenden Männer der Wirtschaft aus der ganzen Welt bei uns, im Herbst waren es die Rechtsanwälte und Notare aus allen Ländern, heuer die Vertreter der internationalen Presse, vor wenigen Tagen ist die Tagung der Parlamentarier aus 39 Staaten abgeschlossen worden, denen die Universitätsprofessoren aus allen Teilen der Welt folgten, und gegenwärtig ist die Wiener Messe wieder ein Treffpunkt zahlreicher ausländischer Interessenten. Sollen alle diese Besucher, die wir begrüßen konnten und die wir auch in Zukunft erwarten, bei einem Knechte zu Gast sein? Die Behandlung, die Österreich seit fast zehn Jahren widerfährt, wird man einmal als den **Schandfleck** in der Geschichte des 20. Jahrhunderts bezeichnen.

Alle die, die uns in den letzten Jahren besucht haben, haben nichts davon gemerkt, daß der Österreicher vielleicht minderwertig sei, daß er eine Bevormundung

notwendig hat, nein, sie haben uns nicht nur als gleichberechtigt behandelt, sie haben auch nicht zurückgehalten mit der **Bewunderung für Österreich**, für sein Volk, für seine Kultur, seine Tradition und — dies erachte ich für das wichtigste — für die **Arbeit**, die das österreichische Volk seit Kriegsende geleistet hat. Diese Anerkennung, die wir in der ganzen Welt finden, gibt uns das moralische Recht, Freiheit und Unabhängigkeit für unser Heimatland zu verlangen. Im Interesse der Sicherheit des Weltfriedens sind wir darüber hinaus verpflichtet, diese Forderung immer wieder

zu erheben und mit allem Nachdruck zu vertreten.

Unsere Sache ist gerecht

Den Interparlamentarischen Kongreß habe ich benützt, um die Welt anzuklagen, daß sie unserem schwergeprüften Volk noch immer nicht sein verbrieftes Recht gegeben hat. Heute will ich der Anklage an die Welt den Aufruf an das österreichische Volk hinzufügen: Österreich, die ihr in den letzten Jahren in gemeinsamer Arbeit die Grundlagen unserer wirtschaftlichen Existenz sichergestellt habt, tretet nunmehr ebenso ge-

Goldene Ehrenringe für Raab und Bock!

In feierlicher Weise überreichte der geschäftsführende Bundesobmann L. Abg. GR Hans Leinkuaf Dienstag, den 11. Jänner 1953, dem Bundeskanzler Dr. h. c. Ing. Julius Raab sowie dem ersten Bundesobmann unserer Kameradschaft,

lichen Verband und der Gründung der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten durch Bock, der nach erster Bundesobmann war und bis heute auch in seiner Stellung als Staatssekretär immer ein Ohr für seine Kameraden hat.



Staatssekretär Dr. Fritz Bock, die ihnen verliehenen Goldenen Ehrenringe unseres Verbandes.

Leinkuaf hob die Verdienste der Regierung Raab-Kamitz um das Zustandekommen der Entschädigungsgesetze besonders hervor und gedachte hierbei auch des außerordentlichen Verständnisses, das der Finanzminister Dr. Kamitz in diesem Fragen zeigte. Als Dank dafür übergab Leinkuaf dem Finanzminister ein Gemälde, das das Finanzministerium zeigt.

Im weiteren Verlauf seiner Rede gedachte Leinkuaf des Einsatzes des Kameraden Bock im seinerzeitigen überpartei-

Bundeskanzler Dr. h. c. Ing. Raab dankte in einfachen Worten für diese Ehrung und lobte das besondere Verdienst der politischen Kämpfer bei Erhaltung des Glaubens an unser Vaterland Österreich hiervon. Unter den Ehrengästen waren auch der Bundesminister für Unterricht, Dr. Drimmich, der Bundesobmann der Kameradschaft, Hofrat Anton Frisch, Bundesrat Ekkert, die Generalsekretäre der Partei Nationalrat Malsietz und Direktor Schriedl sowie der Landesparteiobmann von Wien, Nationalrat Fritz Palenz. Ebenso wählte der gesamte Vorstand der Landesgruppe Wien der Kameradschaft der Freie bei.

schlossen zum **Endkampf** um euer **Recht**, um eure **Freiheit** an. Es ist die gute Sache und sie wird siegen. Wie bei der Arbeit, wird auch in diesem Kampf sich die ÖVP an die Spitze stellen. So kommt

nur ein Ziel ihrer Politik und wir bitten den Herrgott, er möchte unsere Bestrebungen segnen und uns unser Ziel erreichen lassen: eine Zukunft in Sicherheit, Frieden und Freiheit.

Gedanken über die Fürsorge

Als der Vikar Prof. Dr. Gruber mit dem Turmkletterer von St. Stephan wieder den Platz unter dem Turm erreicht hatte, stellte ihm ein Rediosprecher verschiedene Fragen. Unter anderem meiste der Sprecher, die Not würde Menschen zu solchen Exzessen führen. Darauf meinte Prof. Gruber, die Not würde Menschen zu solchen Exzessen führen. Darauf meinte Prof. Gruber, die Not würde Menschen zu solchen Exzessen führen. Darauf meinte Prof. Gruber, die Not würde Menschen zu solchen Exzessen führen.

Mit diesen Äußerungen hat Vikar Geuber eigentlich das gesamte Fürsorgeproblem unserer Zeit umrissen. Wir haben in den letzten zehn Jahren Stille, Dörfer, Brücken, Bahnhöfe, Kulturstätten und Kirchen aufgebaut, die äußeren Schäden, die der Krieg verursacht, unter unzulänglichen Anstrengungen bis auf etwa Mindestmaß beseitigt. Allerdings können wir nur einen Bruchteil der inneren Schäden zu unseren Familien, bzw. an den Einzelindividuen beheben. Für die öffentliche Fürsorge müßte daher eine neue Arbeitsplanung eine neue Zielsetzung herausgearbeitet werden. Sowohl öffentliche Fürsorge, als auch die private, ich denke hier nur an die bedauerliche, nämlich in der materiellen Versorgung geradezu in der Seelensorge im nächsten Sinne des Wortes finden.

Nehmen wir konkrete Beispiele. Wir erleben es täglich, daß Menschen uns auf der Straße begegnen, die arbeitsfähig wären, ja die in diesen Zeiten der Konjunktur spielend Arbeit erhielten, denn über die Kraft oder Bereitschaft zu geordneter Arbeit fehlt. Ist ihr soziales Problem mit einer Fürsorgeunterstützung schon gelöst? Nein. Ist hier die Besorgung einzelner Einrichtungsgegenstände oder warmer Kleidung durch die SOS schon eine befriedigende Lösung? Nein. Es müßte mehr geschehen. Nicht in materieller Hinsicht.

Zum Beispiel: Eine Frau hat im Krieg den Mann verloren. Der Arbeitsweg der Kriegszeit trennte sie von ihrem einzigen Kind. Der Knabe wuchs lieblos und ohne Aufsicht auf. Wer kümmerte sich 1944 und 1945 um seinen Schulbesuch? Doch er wurde älter. Bald war er im Kreise von Schleichhändlern. Sein Leben gestaltete sich im Zeichen der teuren Schleichzigaretten sehr nett. Doch eines Tages erwachte es ihn. Er wanderte ins Kitchin. Ein Jahr später stand er auf der Straße. Sein Weg führte ihn zum Fürsorgeamt,

denn zum Fürsorgeamt. 100 Schillinge Anleihe. Die reichten für einige Tage! Und dann?

Wer sorgt für ihn, daß er in Arbeit kommt? Wer kümmert sich darum, daß seine seelischen Defekte repariert werden? Wo findet er die Gemeinschaft, die ihn klar macht, daß nicht nur Gangsterfilm, Schmutzliteratur und verfaßte Nachkloakale das Leben glücklich machen? Wer zeigt ihm das Leben, so wie man es als unabhängiger Mensch lebt? Die Fürsorge? Nein. Ihre Aufgabe erschöpft sich in Erfüllung materieller Wünsche, so weit es die vorhandenen Beträge erlauben.

Ja, kürzlich kam in Wien in einer Nische eines Beklempferlozes ein Mann ums Leben. Er war Arbeitslos und lebte von der Unterstützung. Im Beklempferloz haben den schwer betrunkenen Mann die Ratten halb aufgefressen. Nach Bekanntwerden dieses Falles hat sich in dankenswerter Weise die SOS sofort mit der Schaffung von Obdachlosenbaracken befaßt. Erhebt sich hier nicht die Frage: Wo kamte es dazu kommen, daß ein Mensch inmitten der Großstadt von Ratten aufgefrisst wird? Wo blieb hier die Polizei, wo die Fürsorge? Und weiters: Ist der Bau von Obdachlosenbaracken allein schon eine Lösung?

Der Mann, von dem wir reden, war gar nicht so bedürftig, doch er hatte seine Arbeitslosenunterstützung verfallen, daher blieb ihm kein Geld für Miete. Es war also, materiell gesehen, gar kein Fürsorgefall, allein die inneren Defekte, das Verfallenssein dem Alkohol führte ihn zu Katastrophe. Die Schuld lag also nicht im gesellschaftlichen System, wie Marxisten sofort feststellen wollten, sondern in dem Menschen. Was hätte also geschehen müssen?

Die Polizei hätte den Mann aus der Pfaffenrische holen, die Fürsorge sich seine Lebensweise anschauen, sein Einkommen für ihn verwalten und ihn auf den richtigen Weg bringen müssen. Der Mann wäre zu retten gewesen.

Schließlich soll ein positives Beispiel noch veranschaulichen, was echte Fürsorge an Aufgaben erfüllen müßte.

In Wien gab es einen Zeitungskolporteur, der durch einen Unfall eine Rückenverkrümmung hatte, daher arbeitsunfähig war. Der Mann stand auf einer stark frequentierten Straßenecke Wiens. Er lag um die Mittagszeit am Boden und schlief, er trank

des Schnaps in rauen Mengen, war vollkommen verdreht und von manchen Menschen gemieden. Doch weder der Polizei, noch der Fürsorge fiel dieser bedauerenswerte Mann auf. Auch er selbst ging nicht zur Fürsorge. Und die Fürsorge — kam nicht zu ihm! Eines Tages brach er müde-giglig zusammen. Man führte ihn in ein Spital und brachte ihn von dort ins Altersheim. Man entzog ihm den Alkohol, brachte ihn nach Jahren in ein reines Bett und — machte ihn glücklich. Nur mit Schauern denkt er selbst heute an seine „schreckliche“ Zeit zurück.

Vor Jahren habe ich auf einem Wiener Parteitag einen Antrag auf „Entfetterung“ durchgesetzt. Die Fürsorge hat sich bei dieser Weise bisher dieser Gedanken nicht bemächtigt.

Es wäre hoch an der Zeit, im Sinne Prof. Grubers von der Beseitigung der materiellen auf die der seelischen Not überzugehen. Der Wiederaufbau Österreichs kann sich nicht im Materiellen erschöpfen. Gleich groß ist die seelische Not. Allein ihre Überwindung wird dem Wiederaufbau unseres Landes und dem Glück unseres Volkes den letzten Sinn geben.

Franz Kittel.

Wir verweisen nachdrücklich darauf, daß die Sprechstunden der Kameraden Franz Kittel und Zentr.-Insp. i. B. Haller-Haumann ab Februar 1955 nur mehr einmal im Monat und zwar jeweils dem ersten Montag in der Zeit von 17 bis 18 Uhr abgehalten werden. Die nächsten Sprechtage sind daher der 7. Februar, 7. März und 4. April 1955.

Achtung Empfänger der Beamtenentschädigung!

Wir erhielten in letzter Zeit vielfach die Anfrage, ob auch die Beamtenentschädigung, genau so wie die Haftentschädigung, in einem Betrag ohne Jahresraten ausgezahlt werde. Wir teilen dazu mit, daß es der Wunsch der Beamten selbst war, von einer solchen vorzeitigen Auszahlung Abstand zu nehmen, da durch die Entvölkerung bei vorzeitiger Auszahlung jene Kameraden, die erst in den kommenden Jahren ihre Rationen erhalten sollen, geschädigt werden würden. Aus diesem Grunde hat das Finanzministerium von einer ähnlichen Regelung der Beamtenentschädigung wie bei der Haftentschädigung abgesehen.

Nochmals: über den Graben gesprochen

Da stehen wir, da die anderen sind gerade die Besten trennt ein Abgrund. Ist es gut, wenn in einem Volk Abgründe klaffen? Sicher nicht, aber noch schlechter ist es, wenn diese Abgründe keine sind, sondern nur entstanden sind aus falschem Gesichtswinkel heraus und vergrößert von Leuten, die an der Entscheidung ein sehr persönliches Interesse haben. »

Frankenkämpfer-Widerstandskämpfer — muß das ein Abgrund sein? Die Unbeherrschbaren unter den Militärlisten, die ihre verlorenen Position betrauern, (die in friedlichem Gewerbe zu erliegen ihnen meist unmöglich ist) verweisen auf den oder jenen Widerstandskämpfer, der es sozusagen durch Zufall wurde oder in überhaupt nicht war, sondern sich als solcher nur tarnte, um an einer (übigen sehr kurzen und zweifelhaften) Konjektur teilzuhaben und vorallgemeiner dann diese Vorwürfe. Es hat wenig Sinn, diese Methode erst zu nehmen; die gemachten Vorwürfe lassen sich nur so leicht der anderen Seite zurückgeben und Voreingenommenheiten beweisen immer die Schwäche einer Argumentation.

Bei der Prüfung, ob zwischen Frankenkämpfern und Widerstandskämpfern tatsächlich ein Abgrund besteht, ist vor allem eine klare Unterscheidung notwendig. Die westdeutsche Republik basiert heute auf Westabnahme auf Akte, die in den Jahren 1933 bis 1945 gesetzt wurden, da das Hitler-Regime dort auf wenn auch sehr sandbarem so doch „legale“ Weise zur Macht kam. In Österreich aber war dieses Regime von A bis Z illegal. Diese Erkenntnis vor allem muß von jungen Österreichern, die auf der Gegenseite standen, gewonnen werden. Nun liegt uns in Ausgleich, nicht in Verewigung eines Zwispalles. Darum müssen wir alle klar erkennen: das NS-Regime war in Österreich Rechtsbruch, ihm aber dienten viele ohne das zu erkennen aus oft recht ehrenwerten Gedankengängen.

In einer Zeit, da die Weltgeschichte ein neues Kapitel aufgeschlagen hat, ist es nicht Zeichen der Gesinnungslosigkeit sondern blinder Unbeherrschbarkeit mit Begriffen von 1945 und früher zu arbeiten. Man überlege sich dieses: der Krieg war kein deutscher Krieg und natürlich schon gar kein österreichischer. Er war ein internationaler Krieg, begonnen von deutschen Gewaltmenschen. Daran fanden sich ja meist durchaus freiwillig belgische, holländische, spanische, französische Gewaltmissetzer, die auf nationalsozialistischer Seite kämpften. Wahrscheinlich würden ähnliche Elemente auch auf kommunistischer Seite kämpfen, wenn es möglich wäre. Abgesehen davon muß, daß ein Großteil jeder Wehrmacht ja gezwungen ein-

wirkte und dann eben seine Pflicht tat, haben unter der Waack einer raffinierten Propaganda die wenigsten den wahren Charakter des Krieges erkannt.

Der heiße Krieg der Idealisten ist seit zehn Jahren beendet. Der kalte Krieg dauert an. Doppelt notwendig scheint uns daher, da die Gemeinsamkeiten beider Seiten zu ersinnen finden. Wir Österreicher wollen frei bleiben; wer das will, gehört zu uns und die Vergangenheit darf nicht

nicht trennend zwischen uns stehen. Der Anstöße in der Wehrmacht und der Anstöße in der kämpferischen und leidenden Front der Diktaturgegner verdienen gleichermaßen Respekt, wenn sich die trübseligen Würde um die Opfer des Widerstandes lebt, da diese im Kampf allein, verhaftet und Tag und Nacht gequälten Stunden. Darum aber nicht gerade und den Opfern der politischen Verfolgung ebenso wie Treue zu ihren Taten Großmut gegen die Brüder von der anderen Seite. I. P.

Mehr Sachlichkeit!

Im Nationalrat kommt es leider immer wieder zu Lügenkampagnen und wenn diese auch meist rasch ein klägliches Ende nehmen, so ist es doch bedauerlich, daß solche unsachliche Kampfmethoden immer noch Verwendung finden, obwohl es sich schon gezeigt hat, wie verhängnisvoll für Würde und Bedeutung des Parlaments diese sind.

Wenn man nachstehend einige Musterbeispiele solcher unfairer Methoden festgehalten werden, so sollen jene Politiker, die Sachlichkeit durch Demagogie ersetzen wollen, dennoch nicht glauben, daß diese Darlegung zu ihrer Unterstützung, sozusagen als Nachhilfe für ihr primitive Schlingentanz dienen soll. Diese Darlegung soll vielmehr zeigen, daß ihre Schliche und Tricks durchsichtig und längst bekannt sind, so daß es sich eigentlich doch lohnen würde, sachlich zu bleiben.

Die schäbigste und primitivste Methode, den Gegner zu bekämpfen, ist das Persönlichwerden, das Angreifen der Person statt der Sache. Diese Methode verurteilt sich wegen ihrer Primitivität von selbst. Nicht viel besser ist, wenn man einem Gegner vorwirft, er habe früher anders gedacht oder geurteilt. Ein solcher Vorwurf besagt nicht das geringste gegen die bestrittene Behauptung, kennt aber doch die Aufmerksamkeit vom eigentlichen Thema ab.

Etwas undurchsichtiger ist die Methode, Ansichten oder Anträge damit zu bekämpfen, daß man nachweist, der Stand, dem der Gegner angehört, erziele durch die Annahme des Antrages einen Vorteil. Wenn etwa landwirtschaftliche Vertreter eine Erhöhung der Preise für ihre Produkte fordern, so ist sachlich zu untersuchen, ob die Forderung berechtigt und tragbar ist. Der Umstand, daß eine Preiserhöhung der Landwirtschaft Nutzen bringt, ist bestimmt kein Argument dagegen.

Ein allgemein geübter Mißbrauch in den Debatten ist die unberechtigte Ver-

allgemeinerung. Wer über „die Bauern“, „die Arbeiter“, „die Nazis“, „die CV'er“ usw. spricht, fällt ein Pauschalurteil, das gut oder schlecht sein mag, das aber jedenfalls falsch ist, weil es eine allgemein gültig sein wollende Aussage gibt, die doch nur auf Grund von ein paar unverbindlichen Einzelfällen gemacht ist.

Die Liste der unsachlichen Methoden ließe sich un schwer verlängern, aber vielleicht genügen schon die Hinweise, um jene, die es angeht, darauf aufmerksam zu machen, daß die Bevölkerung Debatten und Reden, die mit solcher Mitteln arbeiten, nur mit sehr mäßigem Vergnügen zur Kenntnis nimmt, daß sie es vielleicht sieht, wenn die Debatte, die Streiterei als das gehandelt wird, was sie sein soll: als Ringen um die Wahrheit und nicht als gestetige Prügelei. Freilich gehört dazu auch eine weit stärkere Entschlußkraft der einzelnen Abgeordneten, die eben mehr der Überzeugung und ihrem Gewissen als einem allzu oft verhängten Klappzwang gehorchen sollten. Die Würde des Nationalrates und der Landtage würde dadurch gewahrt und das aufsteigende Mißbehagen gegen die Betätigung im politischen Leben zurückgedrängt. Die Bevölkerung aber wird die Wendung zu einer wirklich sachlich geführten Politik mit gesteigerter Anteilnahme am öffentlichen Leben können. P.

Die Welt ohne Arbeitslosigkeit!

In der Buchbesprechung, die sich mit der Broschüre unseres Kameraden Josef Führer befaßt (Der Freiheitskämpfer Nr. 12/1954) hat sich ein bedauerlicher Druckfehler eingeschlichen. Der Titel des Buches lautet nicht „Die Welt der Arbeitslosigkeit“, sondern

„Die Welt ohne Arbeitslosigkeit“.

Wir bitten den Autor des Buches und unsere Leser diesen Fehler entschuldigen zu wollen! Die Redaktion.

Warum die Marneschlacht verloren ging

Im Spätherbst 1914 legte der französische Sieger Marschall Foch als gläubiger Katholik der Muttergottes von Lourdes seinen Degen zu Füßen. Zweimal, 1914 und 1918, stand das deutsche Heer an der Marne um Haaresbreite knapp am Endziel. Beidemal wich es vor der jäh und fast legendär gestürzten Degengötze jenseit durch das Schicksal gewählten Mannes weit und entscheidend zurück. Der biblisch anmutende Untergang des Selbstvertrauens eines militärischen Absalomwähnes, Frankreich bereite das Marschalls Grab zu Füßen seines Mannes, von dem Foch einmal gesagt hat: „Napoleon mußte stürzen, weil er vergaß, daß ein Mensch nicht Gott ist, daß über dem Individuum die Nation steht, über dem Menschen die Moral und daß über dem Krieg der Frieden thronet.“ Über die erste Niederlage der Deutschen an der Marne sagt Foch selbst: „Der strategische Plan Schließens, dem Moltke folgte, besitzt Spannwerte, Schwung, Kühnheit. Aber wie bei allen strategischen Plänen zeigt sich sein Wert erst durch die Art seiner Ausführung. Napoleon mußte gar oft seinen Plan ändern, um ihn den Umständen anzupassen. Das tat er z. B., und zwar gründlich, am Voraubend der Schlacht von Jena. Napoleon war oben zur Stelle. Er war von allen Hindernissen und Zufällen unterrichtet, er lenkte alles. Moltke dagegen erfuhr häufig erst alles hintennach. Er lenkt nichts. Sein Hauptquartier ist viel zu weit vom Schauplatz der Operationen entfernt. Er weiß nicht genau was vorgeht. Der Deutsche glaubt gar zu gern, an die Allmacht der Organisation, eines Planes, der einmal entworfen, sich unabhängig von allen Hindernissen und Zufällen von selber durchsetzen müsse. Die Armeeführer verfahren nach Gutdünken mit den übrigen ziemlich unklaren Anordnungen ihrer Chefs. Man muß sich wundern, wie dieser sich jedesmal gegenüber einer solchen Unbotmäßigkeit benimmt. Anstatt sie aufs Schärfste zu rügen, übergeht er sie mit Stillschweigen, offenbar unter dem Einfluß der Erinnerung an 1870 und überzeugt, daß er sich auch heute wie damals aufs Schönste lösen würde.“

Bei dieser Auffassung fallen solche Fälle des Ungehorsams immer schärfer ins Gewicht, vor allem bei v. Kluck, dem von Anfang an die Hauptrolle zugestellt wurde, die feindliche Armee zu umzingeln. Von Kluck dringt mit einer vereinfachten Schnelligkeit vor. Wenn man Tag für Tag seinen Zug durch ganz Belgien und das nördliche Frankreich verfolgt, ist man erstaut über die rasende Eile. Es ist ein Wildbach, der nicht auf-

zuhalten und einzudämmen ist. Die Befehle des Großen Hauptquartiers laufen hinter ihm her, ohne ihn zu erreichen. Wenn er sie erhält, ist die Lage bereits eine ganz andere, als von ihnen vorgesehen wurde. Am 28. August befiehlt Moltke v. Kluck westlich der Duse gegen die untere Seine vorzugehen. Anstatt zu gehorchen, nimmt es v. Kluck kaltblütig auf sich, gegen Südosten zu gehen, und Moltke beehlt sich, dieser Änderung zuzustimmen.

Gestützt auf diese Zustimmung beschließt v. Kluck seinen Vormarsch. Am 3. September haben bereits drei von seinen fünf Armeekorps die Marne überschritten, da erreicht ihn ein neuer Befehl des Großen Hauptquartiers, eine tiefe Staffelformation hinter der zweiten Armee einzunehmen.

Ein solcher Befehl zeigt deutlich, daß das Große Hauptquartier nicht die loseste Ahnung von der augenblicklichen Stellung dieses Armeekorps hatte. Er versucht sie weniger weit im Süden als es tatsächlich der Fall war; die Bewegung seiner Armeekorps ist ihm wie 1870 in dichtem Nebel gehüllt.

Was soll man von einem Oberbefehlshaber denken, der im Augenblick, da die große Schlacht beginnen soll, vollkommen im Unklaren darüber ist, wo sich eine seiner Armeen befindet, noch dazu die, der die Hauptrolle zugedacht ist, von der er die Entscheidung erwartet?

Wie ein Ungewitter brach eben damals unsere Marneoffensive herein. Von Kluck wird an seiner Rechten von Mannoory angegriffen und gezwungen, seine Korps in größerer Eile zurückzunehmen. Rascher als er die Marne überschritten, geht er hinter sie zurück. Aber was geschieht? Einzelne seiner Armeekorps geraten in die Verbindungslinien der Nachbaramee, und daraus entsteht große Unordnung, eine wahre Verwirrung. Das 9. v. Kluck'sche Armeekorps, schreibt v. Bellow, verdeckt in diesem Augenblick dergestalt den rechten Flügel der zweiten Armee, daß eines unserer Korps, das 7., sich am 6. September vollständig in seinen Bewegungen gehemmt fand.

Die Folge war weiter, daß der plötzliche Rückzug der Armee v. Kluck nach Norden eine ungeheure Kluft zwischen dieser und der benachbarten aufriß, so daß diese letztere, bedrängt von den englischen Divisionen und der Armee Franchet d'Esperey, in eine immer kritischeren Lage geriet. Von Kluck sucht die Armee Mannoory zu umgehen, v. Bellow und v. Hansen versuchen, die meingie in den Sümpfen von Saint-Goud bei Faire Champenois zu durchbrechen. Denn der deutsche Oberbefehlshaber hatte seine Pläne geändert. Da er merkt,

daß er auf den rechten Flügel, infolge des erbitterten Widerstandes, auf den die Armee v. Kluck stieß, keine Entscheidung erreichen kann, versucht er sie im Zentrum durch einen Angriff auf die feindliche Front zu erlangen, und zwar gerade an dem Punkt, wo ich mich befand, zu beiden Seiten von Faire-Champenois. Alle seine Anstrengungen sind vergeblich. Wir hatten uns überall; bieten nicht nur die Stürm, wir gehen zum Gegenangriff über. Um eine Katastrophe zu vermeiden, erfolgt ein allgemeiner Rückzug. Da haben sie die ganze Geschichte der Marneschlacht.

Im Jahre 1914 machte Moltke's Neffe als Oberbefehlshaber wieder dieselben Fehler wie sein Onkel, bedeutend schwerer natürlich, denn das Werkzeug, das er zu handhaben hatte, war zehnmal schwerer. Aber er tat nicht einmal das! Der deutsche Plan, den Schlieffen entworfen hatte, war ausgezeichnet, aber seine Ausführung war schlecht. Stellen sie sich Napoleon an der Spitze seiner vordringenden

Hugo von Hofmannthal:

Uralter europäischer Boden ist uns zum Erbe gegeben, zweier römischer Reiche Nachfolger sind wir auf diesem, das ist uns auferlegt, wir müssen es tragen, ob wir es wollen oder nicht; heilig und schicksalhaft ist der Heimathoden. Nun ist er noch heiliger geworden, denn wir haben Tote ohne Zahl in ihm eingesäet, die ihr Blut für Österreich vergossen haben; zugleich aber sind in uns die Toten lebendig geworden — daß es ein Unzerstörbares gibt der Toten und der Geister und eine stete Gegenwart der Toten, das ist als eine offensbare Wahrheit in unsere Herzen geflossen.

den Armeen vor. Er wäre wohl nicht wie Moltke 390 oder 400 Kilometer hinter ihnen geblieben, ohne persönliche Berührung mit seinen ersten Führern. Er hätte sie nicht nach ihrem eigenen Gutdünken handeln lassen, anstatt sie zu lenken.“

Während so die besonders auch in Österreich überschätzte deutsche Führung im Westen versagt, mußte sie das brave österreichische Heer im Osten verblutend aufopfern, um auch — Preußen im Osten den Rücken zu decken und die Stoßkraft der russischen Übermacht auf seine eigene Winkelriedbrust zu lenken. Wann wird das die deutsche Geschichtsschreibung endlich anerkennen? Denn Österreich deckte 1914/15 das von Friedrich II. 1740 gesalbte Schloß für Hohenzollern! Eine in der Weltgeschichte wohl einzig dastehende Handlung.

Prof. Ludwig Reiter

In memoriam: Dr. Josef Gerö

Wer ihn kannte, unseren Kameraden aus Dachau, Justizminister Dr. Josef Gerö, wußte um seinen Gesundheitszustand. Wer wanderte sich da nicht, daß dieser Mann ununterbrochen am Werk war, sein hohes und gar schweres Amt mit Unsicht verwalte und niemals Müdigkeit oder Arbeitsunwillen äußerte. Wie oft sah er auch unter uns Dachsauer. Auch dafür nahm er sich noch Zeit. Nicht zuletzt waren es die Sportler, die immer wieder ihren Gerö aufsuchten und in ihm einen starken Repräsentanten, fast unersetzlich, gefunden hatten.

Die Tagespresse brachte ausführlich Gerös Lebenslauf. Gerö, ein aufrechter und staatsreuer Beamter, mußte schweres und jahrelange Verfolgung auf sich nehmen. Doch er erlebte das Wiedererleben seiner Heimat und durfte mit dabei sein, als der erste Schritt weggeräumt und wieder Ordnung gemacht wurde. Das österreichische Recht fand in ihm körperliche und geistige Gestalt und so war es nicht verwunderlich, daß ihn Staatskämmerer Henner in die provisorische Staatsregierung aufnahm

aber auch die Kanzler Figl und Barb diesen Mann auf seinen Posten beriefen. Und von Arbeitstisch im Ministerium holte ihn der Tod. Noch am Heiligen Abend besuchte er den Kanzler, um brennende Fragen seines Ressorts in Ruhe zu besprechen. Groß waren seine Vorhaben für 1955, doch das Schicksal wollte es anders. Noch die das Jahr zu Ende ging, begleiteten ihn die Bundesregierung, das österreichische Volk, in besonderer Weise engeren Leidensgenossen, zur letzten Ruhestätte. Wieder ein Opfer der Zeit ohne Gnade ging hinüber zu jenen unerschbaren Heer genossener, gemerkelter und zu Tode geplatzter Kämpfer für Freiheit, Recht und Frieden!

Wie Dachsauer werden Gerö niemals vergessen!

An den Begräbnisfeierlichkeiten nahm auch eine Abordnung der ÖVP-Kameradschaft der politischen Verfolgten teil, wobei der geschäftsführende Bundesobmann Landtagsabgeordneter Gemeinderat Hans Leinckauf einen Kranz mit dem letzten Gruß unseres Verbandes überbrachte.

Zeßner Spitzberg zum Gedenken!

Anlässlich des siebzigsten Geburtstages, den Hans Karl Freiherr von Zeßner Spitzberg am 4. Februar d. J. gefeiert hätte, versammelte sich mit dem engsten Verwandten auch eine hochansehnliche Gemeinde in der Krypta der Kaaigrabenkirche zu Wien, um eine Gedenktafel zu enthüllen.

Monsignore Dr. v. Hauck gedachte in einer Ansprache Zeßner Spitzbergs und berichtete über dessen gottesfürchtiges Leben, seinen Lebensweg und schließlich gewaltsam herbeigeführten Todes. Bekanntlich wurde Baron Zeßner von Altar der Krypta weg während der Heiligen Handlung von der Gestapo am 17. März 1938 verhaftet. Mit dem vierten Transport kam Zeßner Spitzberg im Juli 1938 nach Dachau. Wenige Tage später ging die erschütternde Nachricht durch das Lager, Zeßner ist tot.

Zeßner Spitzberg war nicht nur ein frommer Mann, der seine Familie Vorbild, seinen Schülern großer Lehrer war, sondern auch ein tatkräftiger und unerschrockener Bekannter seines Kaiserhauses. Für ihn war 1918 der Bruch des Legales und bei aller Staatsreue und Ergebenheit gegenüber dem neuen System stand er ungebrochen zur monarchistischen Staatsform.

Zeßner Spitzberg war der Verfechter der österreichischen Idee, der österreichische Mensch. Magr. Dr. v. Hauck forderte bei dieser Gelegenheit auf, den

Prozeß zur Seligsprechung Zeßners zu beginnen und gab der Überzeugung Ausdruck, daß es nicht schwer fallen werde, die Heiligkeit seines Lebens zu beweisen.

An der Gedenktafelweihe und anschließenden hl. Messe nahm auch eine Abordnung der ÖVP-Kameradschaft der politischen Verfolgten unter Führung des geschäftl. Bundesobmannes Hans Leinckauf teil. Auch Kamerad Ing. Sereschen, unser Landesobmann von Oberösterreich war unter den Gästen. An der würdigen Gedenktafel, zu deren Errichtung auch die Kameradschaft Wien einen namhaften Geldbetrag beisteuerte, wurde ein Kreuz mit den Schließen der Kameradschaft niedergelegt.

Hans Zeßner-Spitzberg

(Hochschulprofessor; gestorben am 1. August 1938 in Dachau als Märtyrer für Österreich);

Gemeinsames Schicksal, gemeinsame Religion, Staatsodem, Wirtschaft prägen ein Volk. Die Sprache ist dabei nur ein Element und kein entscheidendes. Sonst gäbe es keine Schweiz und keine amerikanischen Nationen. Die österreichische Kultur ist eine ganz eigenständige, einmalige, unvergleichliche. Sie ist die Hochkultur eines souveränen Volkes, keine bloß „stammesmäßliche Spätkultur“ eines Ablegers oder getrennten Anhängers.

Die Direktion des Burgtheaters

hat in dankenswerter Weise auf den Artikel aus der Feder unseres Freundes Chefregisseur Hofrat P o u k e r geantwortet und im Wesentlichen in unserem Artikel vorgebrachten Anliegen beistimmt. Wir freuen uns darüber hinaus besonders, daß das „Neue Österreich“ wieder einmal in einer österreichischen Frage seine Stimme erheben hat. Wir können auch unsere Diskussion mit den Staatstheatern nur abschließen mit den letzten Worten des genannten Leitertitels des „Neuen Österreich“ vom 19. Jänner 1933:

„Es wäre zu wünschen, daß es tiefer: eine feste Burg ist unser Rott, aber wir möchten diese Burg, die eine österreichische des Theaters sein sollte, in dieser Herrens- und Landzucht nicht unversen brennen lassen. Schon damit das Vorspiel auf dem Theater nicht durch ein Nachspiel in der Öffentlichkeit entweicht werde.“

D. Red.

Degrelle

Kürzlich kam es zwischen Belgien und Spanien zu Differenzen. In Belgien spielte einst ein Herr Degrelle die glöckliche Rolle wie bei uns Soloy-Inquart. Während unser Degrelle gefoltert wurde, gelang es dem belgischen Verbrecher Degrelle, sein drokliges Leben zu retten. Kürzlich tauchte er aus in Spanien auf und, wie bei einem Volk, das auch Anständigkeit zu seinen Höchstgriffen zählt, nicht anders zu erwarten, hat das belgische Volk entbrütet die Andärrang dieses Verbrechers gefordert. Doch Degrelle ist allerdings, wie es bei solchen Kreaturen üblich ist, wieder in der Unterwelt verschwunden und Spanien ist nicht in der Lage (wie muß die Franco wohl bedauern!), dem Wunsch des belgischen Volkes Rechnung tragen.

Zur gleichen Zeit hat sich eine ähnliche Figur, nämlich Herr Galland, mit Fremden in Innsbruck getroffen. Er muß wie früher Kesselring oder Brandt, unbehelligt. Dafür hat sich die „nationale“ Presse mit Degrelle befaßt und man sieht gerade den Schein vor dem Mund des Artikelverfassers der „Aktion“ wenn er endlich wieder einmal für einen „Ehrenlabträger“ sich verwenden kann.

Jeder Demokrat wird sich über die Haltung des belgischen Volkes nur freuen können, indes möchten wir bei uns allen oft eine solche Haltung und Gesinnung vermischen. Sonst würde es kein Galland wagen, auch einmal die österreichische Grenze zu überschreiten.

F. ter Klein.

Wer begreift

die Vorgänge um den Arzt Dr. Zeilinger in Bad Aussee? Die Vorgeschichte: Der zu Scharf, also zu den Kommunisten übergetretene Exnationalrat Gaiswinkler ist noch immer Verwalter des Ausseer Krankenhauses. Der Primar paßt ihm nicht. Des Primars Assistent sucht Streit, um selbst Leiter des Krankenhauses zu werden. Dr. Zeilinger wird per 31. März 1955 gekündigt und darf ab sofort, Ende Dezember 1954 das Spital nicht mehr betreten. — Herr Gaiswinkler, ein getriebener Schüler der Volkdemokratie, machte ganz Sache. So wie es eines Volksdemokraten würdig ist. Grundlos, in keiner Weise berechtigt, wird Zeilinger gekickt. Zu der Affäre fehlt bloß der Genickstoß und Gaiswinkler hat die Aufnahmeprüfung in einen kommunistischen Rat bereits erfolgreich abgelegt.

Nun leben wir noch in Österreich. Man müßte also meinen, daß die übergeordnete Krankenkasse hier in wenigen Stunden den Rechtszustand wiederherstellt. Nichts von dem! Wochenlang wird verhandelt, das ganze Ausseer Volk in Bewegung gesetzt, Bürgermeister drehen mit ihrem Rücktritt, die Weltpresse beschäftigt sich damit, doch in Graz bleibt es bei den Verantwortlichen ver-

dächtig dunkel. Das „Prestige“ müßte gewahrt bleiben, heißt es schließlich. Das hätte man sich vor der Entlassung Zeilingers sagen müssen. Jetzt hätte es nur Einem gegeben, dem Herrn Gaiswinkler den verdienten Fußtritt zu geben. Ihm zu zeigen, daß in Österreich volkdemokratischer Terror noch unmöglich ist. Man hat diesen Schritt nicht gewagt, vielfach sich geschaut, den Mann beim richtigen Namen zu nennen.

Wenn fast zur selben Zeit in Wien die Kommunisten nach ebenfalls volkdemokratischer Manier eine Monarchistenversammlung sprengen konnten, dann wird man wohl fragen müssen, warum diese Vorsicht, warum diese Toleranz, wozu diese Anglistlichkeit? Wir haben es vor 1938 erlebt, daß Nazibeamte ihre politischen Gegner durch Terror entfeinten und Nazihuten unsere Versammlungen sprengten. Haben wir nichts gelernt?

Der Fall Zeilinger ist bei Drucklegung noch nicht erledigt. Wahrhaftig ein Arbeitszeugnis unserer Verwaltungsstellen. Der Fall Gaiswinkler (es ist nämlich ein solcher und kein Fall Zeilinger) muß mit aller Energie und Konsequenz verfolgt werden, soll er nicht in Österreich Schale machen. — 1

Der „Standpunkt“

Die Meraner Wochenschrift „Der Standpunkt“ berichtet in der Nummer vom 10. Dezember, daß bei einer der ersten großen Pressekonferenzen des Bundeskanzlers Adenauer ein Wiener Berichterstatter die Frage gestellt habe: „Herr Bundeskanzler warum tun Sie eigentlich nichts für den Anschluss Österreichs an die Bundesrepublik?“

Man muß annehmen, daß zu einer internationalen Pressekonferenz nicht die kleinsten und unbegabtesten Journalisten gesandt werden, so mehr also muß diese provokative Frage den Unmut Österreichs erwecken.

Wir verlangen daher sei es von der Wochenschrift „Der Standpunkt“, sei es von anderen darüber informierten Kreisen, den Namen dieses Journalisten, der in schroffem Gegensatz zum Willen Österreichs vom deutschen Kanzler eine Hilfsaktion für eine österreichische Vergewaltigung Österreichs verlangte. Wenn diese Frage wirklich gestellt wurde, war sie eine Schandkerke Österreich gegenüber

und auch gegenüber dem deutschen Kanzler. Wenn diese Frage nicht gestellt wurde, ist der Bericht des „Standpunkts“ eine nicht viel bessere Angelegenheit, denn Österreich und die Welt sind jetzt gerade in Fragen einer neuerlichen Bedrohung Österreichs noch viel zu empfindlich, als daß nicht größte Vorsicht geboten wäre.

Herzlicher Dank

gehört der Buchhaltung für die Opferbesorge im Bundesministerium für soziale Verwaltung und im besonderen Herrn Krapfhuber für die prompte und kluge funktionierende Auszahlung der Restbeträge aus der Haftentwöhnung. Auf den Tag genau, zwischen dem 6. und 9. Dezember 1954 wurden diese Beträge flüssig gemacht und zahlreiche Kameraden und Kameraden kamen dadurch in die glückliche Lage, ihre Weihnachtsbesuche zu bezuzeln und ihren Gabentisch endlich einmal festlich zu gestalten.

Dafür nochmals herzlichen Dank!

Achtung Trafikanten Österreich!

Unter Führung des ehemaligen Generalanwälters aus der NS-Zeit Oberlt. Kraimer hat sich ein sogenannter „Verband der Tabaktrafikanten Österreichs“ gebildet, der versucht, die einheitliche nichtmarxistische Front der österreichischen Trafikanten zu zerreißeln. Ihm zur Seite steht ein VdU-Nationalratskandidat, ein gewisser Schützengründer. Die Tendenz des neuen Vereines ist mehr als klar. Dafür gehen die beiden Hauptsprecher dieser Gruppe, die vorher genannte Herren schon deutliche Hinweise. Es ist klar, daß kein politischer Verfolger diesem Verbände angehören kann. Wir waren daher vor diesem Verband und vereinen heute schon unsere Kameraden und Kameradinnen darauf hin, daß die Liste der nichtmarxistischen Trafikanten die Bezeichnung „Österreichischer Wirtschaftsbund“ trägt, an ihrer Spitze Bundesrat a. D. Komm.-Bat Alois Ditzling steht und als Wähler der Interessen der Antbeschuldigungsträger unter den Trafikanten unser Kamerad Franz Kittel aufscheint.

Daher wählen alle Trafikanten am 24. April bei den Handelskammerwahlen die: Lise Ditzling! Sagt es Euren Kollegen weiter!

Unsere Toten

Kameradin

Edith Krall

ist einer tödlichen Krankheit aus der Haftzeit am 10. Dezember 1954 nach angeblich langem Leiden in Wien gestorben.

Kameradin Krall war eine Altösterreicherin, die wegen ihrer aufrechten Gesinnung schwer an Verfolgung zu leiden hatte und viele Jahre ihres Lebens einbüßen mußte.

Für die ÖVP-Kameradschaft legte Obmannstellvertreter Kamerad Kittel ein Grab: eines Kranz mit letzten Gefühlen nieder.

Des Weiteren verzeichnen wir den schmerzlichen Verlust der Kameradin:

Karl Mayer,

der am Dienstag, den 7. Dezember 1954, in Wien verstorben ist und

Alfred Behra,

Mitglied des Bundes Österreichischer Freiheitskämpfers, der im 71. Lebensjahr ebenfalls von uns gegangen ist.

Wir werden aller stets in Treue gedenken!

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: „ÖVP-Kameradschaft des politischen Widerstandes“ und „Bund Österreichischer Freiheitskämpfer“. Redaktion und verantwortliche: Franz Schell, Alte Wien 1, Falkenstr. 2. — Verwaltung und Anlieferung: Wien VIII, Laudongasse 30. — Druck: Typographische Anstalt, Wien VII, Hüttelgasse 2.

KAUFT BEI UNSEREN INSERENTEN!

HERMES-WERKE

LEOPOLD HERMANN

Fabrik für Bade- und sanitäre Einrichtungen

WIEN II, AUGARTENSTRASSE 21 / A 47 5 90

Österreichische Apothekerbank

registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Wien IX, Spitalgasse 31 / Tel. B 43 584

DYNAMIT NOBEL WIEN
AKTIENGESELLSCHAFT

Sprengstoffe

Sprengkapsel

und Zündschnüre

WIEN III, AM HEUMARKT 10**AUSTRIA**

VEREINIGTE

EMAILLIERWERKE,
LAMPEN- UND
METALLWARENFABRIKEN

AKTIENGESELLSCHAFT

WIEN XVII/107, WILHELMINENSTRASSE 80

**Oskar
Czeija**

Kommanditgesellschaft

WIEN XIX,
Hammerschmidgasse 18

C
A
R
O

„W E R K

GESELLSCHAFT M. B. H.

WIEN 89/14,
Lützowgasse 12—14

**Österreichische
Apothekerkammer**

Wien 9, Spitalgasse 31

Hütte Kreams

GESELLSCHAFT M. B. H.

Wien I, Parkring 16

HESKIA BENJ.

GES. M. B. H.

Grosshandelsfirma

Wien I, Gonzagagasse 1

Telephon U 28114 / U 26385

Bergbaumschulen

DORNBACH / GIESSHOBL / KOGL /
ELSBACH / SCHMIDA

VERWALTUNG:

Wien V, Obere Amtshausgasse 35

Telephon A 34 5 15

Liefert:

Obstbäume in sämtlichen Sorten laut
Qualitätsbedingungen der österr. Landwirt-
schaftskammer sowie alle Sorten von Forst-
pflanzen

Preis auf Anfrage. Bei Abnahme größerer Quantitäten
entsprechende Preisrabatte.



A. G. VEREINIGTE WIENER TISCHLERMEISTER

Zentrale und Möbelverkauf: Wien VI, Mariahilfer Straße 3
Telephon B 22 401, B 20 405, B 20 2 13

Materialverkauf: Wien XV, Goldschlagstraße 73
Telephon Y 13 4 20, Y 13 4 21

Oberflächenmaterial-Verkauf: Wien XV, Goldschlagstraße 65
Telephon Y 13 902 A

Nationale Radiator Gesellschaft m. b. H.

Wien I, Kärntner Ring 10, Telephon U 43 5 24

Gußeiserne Radiatoren und gußeiserne
Gliederkessel für Zentralheizungen und
Warmwasserbereitungen, Armaturen für
Zentralheizungen



Hotel Astoria

Wien I, Kärntnerstraße 32

zwischen Staatsoper und Stephansdom

Telephon R 24 5 40

F. M. Hämmerle

Telephon: U 27 3 78 - U 20 4 49

Wien I, Franz-Josef-Kai 53

Schaffler & Co.

Fabriken elektrischer

Apparate und

elektrischer Zünder

Wien 15/101, Sturzgasse 34

KAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT FÜR WIEN

SEKTION HANDEL

TELEPHON U 46-5-60-69

TELEPHON U 46-5-60-69

Landesgremium Wien für den Handel mit LANDMASCHINEN (17 b) Tel. U 46-5-60 IV, Stallplatz 11	Landesgremium Wien für den Kleinhandel mit MINERALÖLEN UND MINERALÖLPRODUKTEN (27 b) Tel. U 46-5-60 IV, Stallplatz 11	Landesgremium Wien für den Kleinhandel mit SCHUHEN (9 b) Tel. U 46-5-35 IV, Argentinierstr. 13
Landesgremium Wien des Handels mit LANDWIRTSCHAFTLICHEN PRODUKTEN (4) Tel. U 46-5-60 IV, Stallplatz 11	Landesgremium Wien des Handels mit MÖBELN, FUSSBODENBELAG UND TAPETEN (23) Tel. U 46-5-60 IV, Stallplatz 11	Landesgremium Wien für den Großhandel mit SCHUHEN (9 b) Tel. U 27-1-88 Tel. U 29-4-88 I, Werdertorgasse 14
Landesgremium Wien für den LEBENS- UND GENUSSMITTEL- UND GENUSSMITTELGROSSHANDEL (1) Tel. U 16-2-43 Tel. U 16-2-17 III, Löhringerstr. 16	Landesgremium Wien für den Kleinhandel mit PAPIER, BÜROARTIKELN UND SCHREIBWAREN (12 a) Tel. U 46-5-60 IV, Stallplatz 11	Landesgremium Wien für den Kleinhandel mit SPIELWAREN, SPORTARTIKELN, KORBWAREN UND KINDERWAGEN (11 b) Tel. U 46-1-36 IV, Argentinierstr. 13
Landesgremium Wien des Kleinhandels mit LEBENS- UND GENUSSMITTELN (3) Tel. R 26-584 bis R 26-586 I, Krugerstraße 3	Landesgremium Wien für den Großhandel mit PAPIER- UND SCHREIBWAREN, BUCHBINDEBEDARF UND POSTKARTEN (12 c) Tel. U 46-5-60 IV, Stallplatz 11	Landesgremium Wien der STRASSEN- UND WANDERHÄNDLER, MARKTFÄHRER, HAUSIERER UND MARKTHÄNDLER, DIE ANDERE WAREN ALS LEBENSMITTEL FÜHREN (20 a) Tel. R 26-582 Tel. R 26-583 I, Dorotheergasse 7
Landesgremium Wien für den Kleinhandel mit LEDER-, GALANTERIE- UND HPOUTERIEWAREN SOWIE KUNST GEWERBLICHEN ARTIKELN (11 a) Tel. U 46-5-60 IV, Stallplatz 11	Landesgremium Wien für den Großhandel mit unverarbeitetem PAPIER (12 b) Tel. U 46-5-60 IV, Stallplatz 11	Fachvertretung der TABAKVERLEGER (28 b) Tel. A 16-3-92 IX, Währinger Straße 24/2
Landesgremium Wien für den Handel mit LEDER, TAPETZEREI- UND SADDLERBEDARF (16 b) Tel. U 46-5-60 IV, Stallplatz 11	Landesgremium Wien für den Kleinhandel mit PARFUMERIE-, WASCHE- UND HAUSHALTSARTIKELN (26 a) Tel. U 46-5-60 IV, Stallplatz 11	Landesgremium Wien der TABAKVERSCHEISSER (28 a) Tel. R 25-8-17 I, Krugerstraße 2
Landesgremium Wien der MARKTVIRTUALIENHÄNDLER Tel. R 25-0-92 (30 b) Tel. R 25-4-55 I, Dorotheergasse 7	Landesgremium Wien für den Großhandel mit PARFUMERIE-, WASCHE- UND HAUSHALTSARTIKELN (26 b) Tel. U 46-5-60 IV, Stallplatz 11	Landesgremium Wien für den Handel mit TECHNISCHEM UND INDUSTRIELLEM BEDARF (17 d) Tel. U 46-5-60 IV, Stallplatz 11
Landesgremium Wien für den Handel mit MASCHINEN UND PRÄZISIONSWERKZEUGEN (17 c) Tel. U 46-5-60 IV, Stallplatz 11	Landesgremium Wien für den Großhandel mit PHARMAZEUTIKA, DROGEN, TECHNISCHEN CHEMIKALIEN UND HANDEL MIT FARBEN UND LACKEN (25 b) Tel. U 46-5-60 IV, Stallplatz 11	Landesgremium Wien für den Großhandel mit TEXTILEN ROHSTOFFEN UND HALBFABRIKATEN (8 c) Tel. U 27-1-88 Tel. U 29-4-93 I, Werdertorgasse 14
Landesgremium Wien für den Großhandel mit METALLEN UND METALLHALBFABRIKATEN (16 d) Tel. U 46-5-60 IV, Stallplatz 11	Landesgremium Wien für den Handel mit Artikeln der PHOTOBIRANCHE, KINOBEDARF, OPTISCHEN UND FEINMECHANISCHEN GERÄTEN (19 a) Tel. U 46-5-60 IV, Stallplatz 11	Landesgremium Wien für den Großhandel mit UHREN UND UHRENBESTANDTEILEN, JUWELN, GOLD-, SILBERWAREN, EDELSTEINEN UND PERLEN (15 b) Tel. U 46-5-60 IV, Stallplatz 11
Landesgremium Wien für den Großhandel mit MINERALÖL, MINERALÖLPRODUKTEN, TREIB- UND SCHMIERSTOFFEN (27 a) Tel. U 46-5-60 IV, Stallplatz 11	Landesgremium Wien für den Großhandel mit RAUHWAREN UND FELLEN (7 b) Tel. U 46-5-60 IV, Stallplatz 11	Landesgremium Wien des VIERHÄNDELS (5) Tel. U 16-2-83 Tel. U 16-2-17 III, Löhringerstr. 16
Landesgremium Wien des WEIN- UND SPIRITUOSEN-GROSSHANDELS (6), Tel. U 46-5-60 IV, Stallplatz 11		